

Planspiele am Mittelrhein

Verbandsgemeinden gehen auf Partnersuche

Die Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz wird auch die Landkarte am Mittelrhein verändern. Mit Rhens und Braubach stehen zwei Verbandsgemeinden auf der "Roten Liste", aber auch andere sind dringend aufgefordert, sich Gedanken über einen Partner zu machen.

MITTEL RheIN. Seit Innenminister Karl Peter Bruch die Kriterien für die Kommunalreform in Rheinland-Pfalz bekannt gegeben hat, wird auch am Mittelrhein laut über Fusionen, Zusammenschlüsse und Kooperationen nachgedacht. Das Land strebt vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung und des vielfältigen Strukturwandels nach größeren, für die Bürger auch in Zukunft noch "bezahlbaren" Verwaltungseinheiten.

Das bedeutet: Eine Reihe von Verbandsgemeinden unter 10 000 Einwohnern muss sich mit benachbarten Gebietskörperschaften zusammenschließen. Auf der "Roten Liste" der 32 Kommunen mit "vordringlichem Gebietsveränderungsbedarf" rangieren auch die mittelrheinischen VGs Rhens und Braubach.

Aber auch VGs, die weniger als 12.000 Einwohner haben, sind aufgefordert, sich Gedanken über eine Fusion zu machen - auch wenn ihr Ende nicht beschlossene Sache ist. Das betrifft am Mittelrhein die Verbandsgemeinden Loreley und St. Goar-Oberwesel. Sie könnten bei einem Zusammenschluss mit Nachbarn immerhin profitieren. Denn bis 2012 wird die freiwillige Aufgabe der Selbstständigkeit noch mit einem "Kopfgeld" pro Einwohner und einer bevorzugten Förderung von Projekten in der Kommune versüßt.

Danach gibt es "Zwangsehen", die der Landtag besiegelt, sollten die als zu klein eingestuften Kommunen bis dahin keinen Partner gefunden haben: Für die VG Rhens bietet sich eine Fusion mit der VG Untermosel oder mit der Stadt Boppard an. Da Letztere aber als verbandsfreie Stadt gilt, müssten die Kommunen der VG Rhens sich als Stadtteile von Boppard eingemeinden lassen, oder aber Boppard müsste seinen Status ändern und Verbandsgemeinde werden. Für alle Optionen gibt es Befürworter und Gegner.

Einfacher wäre die Fusion der VG Braubach mit der VG Loreley - wenn sie denn von den Beteiligten gewollt ist. Oder könnten sich die Braubacher doch vorstellen, ein Stadtteil von Lahnstein zu werden? Eine Fusion mit der VG Loreley könnte sich auch der Bürgermeister der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel vorstellen. Thomas Bungert hat als Vorsitzender der Lokalen Aktionsgruppe Mittelrhein die Belange des Welterbes rheinübergreifend im Blick. Doch nicht nur er ist ein Verfechter von große-

ren Verwaltungseinheiten in der seit 2002 als Unesco-Welterbe Oberes Mittelrheintal firmierenden Gebietskulisse: Teile der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe - Bacharach und Gemeinden des Viertälergebietes - würden sich wohl liebend gerne wieder Richtung Oberwesel orientieren und damit die seit 1969 geltende Kreisgrenze zwischen Mainz-Bingen und Rhein-Hunsrück überwinden. Doch sieht das die Gebietsreform überhaupt vor?

Verbandsgemeinden sollen nicht zerschlagen werden, Kreisgrenzen nach Möglichkeit nicht angetastet werden, ließ die Landesregierung bereits verlauten. Wäre das ein generelles Ausschlusskriterium, dann würde auch eine Ehe zwischen der VG Rhens (Kreis Mayen-Koblenz) und Boppard (Rhein-Hunsrück) ausscheiden. Und über allen Planspielen schwebt natürlich die Frage: Kann die Kommunalreform auch dazu beitragen, Grenzen im Unesco-Welterbe abzubauen? Dann wäre das Verschmelzen von Gebietskörperschaften ein Beitrag, das oft kritisierte "Kirchturmdenken" im Tal abzubauen.

Die Rhein-Hunsrück-Zeitung wollte mehr wissen und traf sich mit Innenminister Karl Peter Bruch zum Interview auf Burg Rheinfels - die Schwesterstädte St. Goar und St. Goarshausen, die Verbandsgemeinden Loreley und St. Goar-Oberwesel und, nicht zuletzt, die Kreise Rhein-Lahn und Rhein-Hunsrück fest im Blick.

Ingo Lips

Interview siehe nächste Seite.

Interview mit Innenminister Karl Peter Bruch

Zukunft für Rhens führt über Gespräche mit Boppard

Innenminister Karl Peter Bruch sieht die Kommunalreform nicht als Instrument, um das Welterbetal politisch zu einigen

MITTEL RheIN. Der Mittelrhein wird aus der Kommunal- und Verwaltungsreform verändert hervorgehen. Wie genau, kann auch Karl Peter Bruch noch nicht sagen, denn die Ideen über Fusionen sollen aus den Kommunen selbst kommen. Im Interview mit der Rhein-Hunsrück-Zeitung ließ sich der Innenminister jedoch auf Fragen ein, die Welterbebürgern auf den Nägeln brennen. Am linken Rheinufer schwingt bei einigen die Hoffnung mit, die Verwaltungsreform könne teilweise wieder zusammenfügen, was vor 40 Jahren - damals wurde der Kreis St. Goar zerschlagen - ihrer Meinung nach niemals hätte getrennt werden dürfen.

Frage: Der Obere Mittelrhein gilt seit 2002 als Unesco-Welterbe. Das Gebiet ist aber durch viele Grenzen zersplittert. Immer wieder wird das Kirchturmdenken angeprangert. Nun nährt die Gebietsreform in Rheinland-Pfalz die Hoffnungen, zumindest auf Ebene der Verbandsgemeinden könnten größere Einheiten entstehen, Teile des Mittelrheins zusammenwachsen. Eine falsche Hoffnung?

Einen direkten Zusammenhang zur Kommunal- und Verwaltungsreform sehe ich da nicht. Für die Zusammenarbeit im Tal haben wir die Zweckverbandslösung, die ich initiiert habe. Ich habe damals die 60 Gemeinden länderübergreifend zusammengebracht. Meines Erachtens läuft das gut, auch im Hinblick auf eine gemeinsame Identität. Ob man dagegen einen Verwaltungssitz mit Identität verbinden kann, bezweifle ich. Verwaltungen sind Organisationsgliederungen, die veränderbar sind. Was nicht veränderbar ist, sind die Gemeinden. Die Gemeinden sollen selbstständig bleiben. Das ist ja auch der Charme am Mittelrhein, dass es da viele Unterschiede bei den Gemeinden gibt. Ich sehe keinen Gewinn darin, wenn man sagt: Lass uns über den Rhein gehen und eine Verwaltungsgemeinschaft bilden. Nein, bei der Verwaltungsreform geht es darum, dass wir Gebietsgrößen brauchen, die von den Bürgern bezahlbar sind, weil die Verwaltung Geld kostet. Aber sie hat nichts zu tun mit der strukturellen Entwicklung.

Frage: Wenn kleine Verbandsgemeinden unter 10 000 Einwohnern wie die VG St. Goar-Oberwesel oder die VG Rhens sich mit anderen zusammenschließen sollen, wäre es da nicht wünschenswert, dass sie sich Partner im Tal suchen?

Da hätte ich kein Problem mit. Nur werden wir es von der Landesregierung nicht vorschreiben.

Frage: Eine Fusion zwischen Boppard und St. Goar-Oberwesel würde schon rein theoretisch daran scheitern, dass Boppard Einheitsgemeinde ist. Wenn solche Fusionen aber zulässig wären, könnte das doch dazu beitragen, dass Kirchturmdenken überwunden wird. Im Moment beobachten wir noch Rivalitäten.

Rivalitäten gibt es überall, wo zentrale Orte sind. Wir werden aber sicher über die verbandsfreie Gemeinde Boppard zu reden haben, weil wir die Zukunft für Rhens sichern müssen.

Frage: Der bestgeeignete Partner für Spay, Brey und Rhens wäre tatsächlich Boppard. Das liegt aber in einem anderen Kreis und ist Einheitsgemeinde.

Wir haben gesagt, wir werden keinen kreisübergreifenden Vorschlag machen. Aber wenn der Vorschlag von den Beteiligten selber kommt, dann werden wir darüber reden und schauen, wie können wir das sinnvoll zusammenbauen.

Mit Boppard müssen wir aber auch reden, weil die Rhenser, wie es sich nach den ersten Gesprächen andeutet, kaum Lust haben, ein Ortsteil von Boppard zu werden.

Frage: Wenn wir Richtung Süden schauen, verläuft seit 1969 eine Kreisgrenze zwischen Oberwesel und Bacharach, die vorher nicht da war. Viele Menschen im Viertälergebiet verbinden mit der jetzigen Reform die Hoffnung, sich später wieder in einem Gebilde mit St. Goar-Oberwesel wiederzufinden. Ist das aussichtslos?

Wir haben gesagt, wir machen von uns aus keine Vorschläge zur Gebietszerschlagung. Aber es ist uns schon klar, dass es Entwicklungen im Land gibt, wo man auch über so etwas nachdenken muss.

Frage: Auch in diesem besonderen Fall?

Wir werden auch mit dem Bürgermeister der VG Rhein-Nahe reden, wie er sich die Zukunft vorstellt. Nicht nur diejenigen auf der 32er-Liste, sollen nachdenken. Wir geben damit einen heftigen Anstoß. Aber es gibt andere, über die wir auch reden müssen.

Frage: Wie sieht danach die Zeitachse aus?

Wir haben die 32er-Liste gemacht und den Brief geschrieben und jetzt laufen die Gespräche. Diejenigen Gemeindevertreter, die schon da waren, haben jetzt unterschiedliche Arbeit auf sich genommen. Mit allen habe ich mich verabredet für die Zeit nach August, denn vorher wird kaum ein Rat arbeitsfähig sein. Dann werden wir auch mit Zeitfolgen reden, denn die Freiwilligkeitsphase endet 2012. Es wird also einen Zeithorizont geben, und es wird einen Druck geben, weil nach 2012 der Landtag entscheiden muss.

Das Gespräch führten Ingo Lips und Wolfgang Wendling